

Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk
des
evangelisch-lutherischen Konsistoriums
in Kiel.

Stück 8.

Kiel, den 10. Juni

1922.

Inhalt: 65. Geschäftsordnung für den Landeskirchenausschuß. — 66. Unterstützungen von Geistlichen, sowie deren Witwen und Waisen. — 67. Steuerliche Behandlung der Dienstaufwandsentschädigung. — 68. Wirtschaftsbeihilfen für festangestellte Geistliche. — 69. Besoldungsbezüge der nichtgeistlichen Kirchenbeamten. — 70. Erhöhung der Stellenzulagen für die Inhaber vereinigter Kirchen- und Schulämter. — 71. Geltungsdauer der Pachtordnung. — 72. Beihilfe aus dem Erlös für die abgelieferten Kirchenglocken. — 73. Kirchensammlung zur Wiederherstellung der Idstedter Kirche. — 74. Auslosung von Rentenbriefen. — Personalien. — Erledigte Pfarrstellen. — Berichtigungen.

Nr. 65. Geschäftsordnung für den Landeskirchenausschuß.

Kiel, den 2. Juni 1922.

**Geschäftsordnung für den Landeskirchenausschuß der evangelisch-lutherischen Kirche
der Provinz Schleswig-Holstein vom 4. April 1922.**

§ 1.

I. Der Landeskirchenausschuß hat die Landeskirche nach den Kirchengesetzen und den von der Gesamtsynode aufgestellten Grundsätzen zu leiten. Er übt die Befugnisse aus, die dem König als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments zustanden, sowie die bisherigen kirchenregimentlichen Befugnisse des Ministers der geistlichen Angelegenheiten.

II. Er hat insbesondere

1. die der Gesamtsynode vorzulegenden Gesekentwürfe festzustellen,
2. die von der Gesamtsynode beschlossenen Kirchengesetze und die zur Ausführung der Kirchengesetze erforderlichen allgemeinen Anweisungen, soweit mit der Ausführung nicht das Konsistorium kirchengesetzlich beauftragt ist, zu erlassen,

Ausgegeben Kiel, den 17. Juni 1922.

3. die Kirchenpräpöste und den Superintendenten des Kreises Herzogtum Lauenburg zu ernennen,
4. die Genehmigung zu allgemeinen Kirchensammlungen zu erteilen,
5. auf Beschwerden über Entscheidungen oder Maßnahmen des Konsistoriums zu entscheiden,
6. die Disziplinargewalt über Geistliche und Kirchenbeamte in zweiter Instanz auszuüben.

§ 2.

Der Landeskirchenausschuß besteht aus den Mitgliedern des Konsistoriums und den Mitgliedern des Gesamtsynodalausschusses oder ihren Stellvertretern. Den Vorsitz führt der Präsident des Konsistoriums und bei seiner Verhinderung der Vorsitzende des Gesamtsynodalausschusses. Wenn auch dieser verhindert ist, führt der dienstälteste Generalsuperintendent den Vorsitz.

§ 3.

1. In den Sitzungen des Landeskirchenausschusses sind jeweils nur soviel Mitglieder des Konsistoriums stimmberechtigt, als Mitglieder des Gesamtsynodalausschusses oder deren Stellvertreter an der Sitzung teilnehmen.
2. Stimmberechtigt sind von den Mitgliedern des Konsistoriums in nachstehender Reihenfolge: der Präsident, die beiden Generalsuperintendenten, der weltliche Oberkonsistorialrat und das dienstälteste geistliche Mitglied. Bei Behinderung eines Generalsuperintendenten oder des geistlichen Mitgliedes treten die übrigen geistlichen Mitglieder des Konsistoriums, bei Behinderung des Präsidenten oder des Oberkonsistorialrats die übrigen weltlichen Mitglieder des Konsistoriums in der Reihenfolge ihres Dienstalters für sie ein.
3. Die Berichterstatter des Konsistoriums erhalten, auch wenn sie an sich nicht stimmberechtigt sind, Stimmrecht in ihren Vortragsachen, der Superintendent des Kreises Herzogtum Lauenburg außerdem in allen lauenburgischen Angelegenheiten. In solchen Fällen haben sich das dienstälteste geistliche Mitglied des Konsistoriums oder der Oberkonsistorialrat oder der dienstjüngere Generalsuperintendent der Stimme zu enthalten.

§ 4.

Der Landeskirchenausschuß wird von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter nach Bedarf berufen. Er muß berufen werden, wenn drei seiner Mitglieder oder der Vorsitzende des Gesamtsynodalausschusses es verlangen.

§ 5.

1. Der Landeskirchenausschuß ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter 5 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Er faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
2. Über die Beschlüsse des Landeskirchenausschusses wird eine Niederschrift aufgenommen, welche von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer unterschrieben wird. Ein Abdruck der Niederschrift ist jedem Sitzungsteilnehmer mitzuteilen.

§ 6.

Der Vorsitzende kann in eiligen Fällen schriftlich beschließen lassen. Der Beschluß ist gültig, wenn außer dem Vorsitzenden mehr als die Hälfte aller Mitglieder zustimmt und nicht bei der schriftlichen Stimmenabgabe von einem Mitgliede des Landeskirchenausschusses mündliche Beschlußfassung verlangt wird.

§ 7.

Den Schriftwechsel des Landeskirchenausschusses führt der Vorsitzende oder sein Stellvertreter. Kirchengesetze, allgemeine Erlasse, Ernennungen und Ausfertigungen besonders wichtiger Beschlüsse sind namens des Landeskirchenausschusses von dessen Vorsitzenden oder bei dessen Behinderung von dem ihn im Konsistorium vertretenden Generalsuperintendenten oder Oberkonsistorialrat und von dem Vorsitzenden des Gesamtsynodalausschusses oder seinem Stellvertreter im Gesamtsynodalausschuß unterschriftlich zu vollziehen.

§ 8.

1. Die synodalen Mitglieder des Landeskirchenausschusses erhalten Tagegelder und Reisekosten nach den für die Mitglieder der Gesamtsynode geltenden Bestimmungen.
2. Die an den Sitzungen des Landeskirchenausschusses teilnehmenden Mitglieder und Hilfsarbeiter des Konsistoriums erhalten die gleichen Tagegelder wie die in Kiel wohnhaften synodalen Mitglieder des Landeskirchenausschusses. Soweit den auswärtigen Mitgliedern des Konsistoriums durch die Teilnahme an den Sitzungen des Landeskirchenausschusses besondere Kosten (durch Übernachtungen usw.) erwachsen, erhalten sie die gleichen Tagegelder wie die auswärtigen synodalen Mitglieder des Landeskirchenausschusses.

Kiel, den 10. Mai 1922.

Der Landeskirchenausschuß.

gez. D. Dr. Müller.

L.K.A. 71.

Nr. 66. Unterstützungen von Geistlichen, sowie deren Witwen und Waisen.

Kiel, den 2. Juni 1922.

Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat beschlossen, das Unterstützungswesen der evangelischen Geistlichen, sowie deren Witwen und Waisen vom 1. April 1922 ab den Oberpräsidenten zu übertragen, und demgemäß dem Herrn Oberpräsidenten in Kiel bis auf weiteres zur Gewährung von einmaligen außerordentlichen Unterstützungen an evangelische Geistliche bei Kapitel 124 Titel 4 und an Witwen und Waisen evangelischer Geistlicher bei Kapitel 124 Titel 6 des Staatshaushaltes entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt.

Anträge von Geistlichen, sowie deren Witwen und Waisen auf Gewährung von einmaligen außerordentlichen Unterstützungen sind daher in Zukunft und zwar von den Geistlichen in der durch

Bekanntmachung vom 25. Juni 1910 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 99) vorgeschriebenen Form bis zum 15. April und zum 15. Oktober jeden Jahres unmittelbar dem Herrn Oberpräsidenten in Kiel einzureichen.

Zur Gewährung von einmaligen außerordentlichen Unterstützungen an Prediger-Witwen und -Waisen stehen außerdem landeskirchliche Mittel in beschränktem Umfange zur Verfügung. Anträge hierfür sind zu den gleichen Terminen an uns einzureichen.

Die Herren Kirchenpräsidenten und Pastoren ersuchen wir, die Prediger-Witwen und -Waisen bei Gelegenheit in geeigneter Weise auf die vorstehende Bekanntmachung aufmerksam zu machen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. IV. 870.

D. Dr. Müller.

Nr. 67. Steuerliche Behandlung der Dienstaufwandentschädigungen.

Kiel, den 3. Juni 1922.

Nachstehend geben wir den uns mitgeteilten, von dem Reichsfinanzminister im Einverständnis mit dem Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ergangenen Runderlaß bekannt. Der Reichsfinanzminister steht auf dem Standpunkte, daß wir zum Erlaß unserer Bekanntmachung vom 2. März 1920 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 32), für welche die Zustimmung der Staatsaufsichtsbehörde nicht zu erlangen war, nicht befugt waren. Wir geben den Herren Pastoren anheim, die Frage im Wege der ordentlichen Steuerbeschwerde zur Entscheidung zu bringen. Im übrigen empfehlen wir, entsprechend dem vorletzten Satze des nachstehenden Runderlasses zu verfahren.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. III. 782.

D. Dr. Müller.

Der Reichsminister der Finanzen.

III E 4679.

Berlin, den 1. Mai 1922.

Betrifft: Dienstaufwandentschädigung der Geistlichen und Kirchenbeamten.

Wie aus verschiedenen Anfragen zu entnehmen ist, bestehen Zweifel über die Behandlung der von den Kirchenbehörden ausdrücklich als Dienstaufwandentschädigung bestimmten Teile der Gehaltsbezüge der Geistlichen und Kirchenbeamten bei der Veranlagung zur Einkommensteuer. Zur Herbeiführung eines möglichst einheitlichen Verfahrens bemerke ich, ohne der Entscheidung der Steuergerichte vorgreifen zu wollen, folgendes:

Soweit in den von den zuständigen Behörden genehmigten Haushaltsplänen ein bestimmter Betrag neben der allgemeinen Besoldung ausdrücklich als Dienstaufwandentschädigung der Geistlichen oder Kirchenbeamten bezeichnet ist, wird er gemäß § 34 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens ohne Nachprüfung, ob der Betrag zur Bestreitung des

durch den Dienst veranlaßten Aufwandes erforderlich ist und ob er auch tatsächlich für diesen Zweck verwendet ist, außer Ansatz zu lassen sein.

Soweit außerhalb von Haushaltsplänen Kirchenbehörden (Konsistorien, bischöfliche Behörden) ausdrückliche Anordnungen über die Höhe des als Dienstaufwandentschädigung anzusehenden Teils der Dienstbezüge getroffen haben, werden die Veranlagungsbehörden zu prüfen haben, ob die Kirchenbehörden nach der maßgebenden Kirchenverfassung zu solchen Anordnungen befugt sind. In denjenigen Ländern, in denen, wie z. B. in Preußen, die Aufbesserung der Bezüge der Geistlichen und Kirchenbeamten unter Aufwendung erheblicher staatlicher Mittel erfolgt, werden die Kirchenbehörden im allgemeinen nicht als befugt anzusehen sein, einseitig ohne Mitwirkung der zuständigen staatlichen Behörden eine dahingehende Anordnung zu treffen.

Wird hiernach der Abzug des steuerbaren Einkommens nicht zugelassen, so ist es den Geistlichen und Kirchenbeamten unbenommen, Abzüge für Werbungskosten auf Grund des § 13 des Einkommensteuergesetzes geltend zu machen.

Ich ersuche ergebenst, die Finanzämter mit entsprechender Weisung zu versehen.

Im Auftrage:

gez. Popitz.

An die Landesfinanzämter, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Nr. 68. Wirtschaftsbeihilfen für festangestellte Geistliche.

Kiel, den 27. Mai 1922.

Wir erklären uns damit einverstanden, daß den festangestellten Geistlichen in denjenigen Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, an welchen die Staatsbeamten wider-
rufliche Wirtschaftsbeihilfen erhalten, mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab entsprechende Wirtschaftsbeihilfen bis zur Höhe der für Staatsbeamte geltenden Beträge gezahlt werden.

Nach den staatlichen Grundsätzen kommen folgende Pfarrorte mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Betracht, und es beträgt die Wirtschaftsbeihilfe für die planmäßigen Staatsbeamten in diesen Orten vom 1. Januar 1922 ab jährlich:

1. Altona-Ottensen	} = 4375 M
2. Blankenese	
3. Eidelstedt	
4. Eisingen-Dornesch	
5. Groß-Flottbek	
6. Nienstedten	
7. Pinneberg	
8. Wedel	
9. Elmshorn	= 750 M

10. Flensburg	} = 1000 M.
11. Glückstadt	
12. Kiel	

Falls von den kirchlichen Gemeindeorganen der vorgenannten Orte entsprechende Beschlüsse gefaßt werden, erteilen wir zu diesen Beschlüssen hiermit allgemein unsere Genehmigung.

Einer Einreichung der Beschlüsse bedarf es nicht. Wir sehen aber bis zum 1. Juli d. Js. einer Anzeige der beteiligten Kirchenvorstände über die Höhe der bewilligten widerruflichen Wirtschaftsbeihilfe und für welchen Zeitraum diese beschloffen worden ist, entgegen.

Staatliche oder landeskirchliche Mittel können für diesen Zweck nicht zur Verfügung gestellt werden. Es muß vielmehr den Kirchengemeinden an Orten, für welche derartige Wirtschaftsbeihilfen vorgesehen sind, überlassen bleiben, mit ihren eigenen Mitteln den Geistlichen eine entsprechende Fürsorge angedeihen zu lassen. Eine Anrechnung der von den in Betracht kommenden Kirchengemeinden für die Gewährung solcher Wirtschaftsbeihilfen übernommenen Leistungen auf die von den Kirchengemeinden zu entrichtenden Synodalkassenbeiträge ist nicht zulässig.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. III. 799.

D. Dr. Müller.

Nr. 69. Besoldungsbezüge der nichtgeistlichen Kirchenbeamten.

Kiel, den 27. Mai 1922.

Nachdem die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten durch Staatsgesetz vom 31. März 1922 aufgebessert sind, geben wir den Kirchengemeinden, die ihre Beamten nach Maßgabe der staatlichen Besoldungsordnung besolden, anheim, auch die so erhöhten Bezüge ihren Beamten zu gewähren.

Für die Kirchenbeamtenstellen, die an den Fonds für die nichtgeistlichen Kirchenbeamten angeschlossen sind und die ihre Beamten nach Maßgabe der staatlichen Besoldungsordnung besolden, ersuchen wir, uns umgehend nach dem neuen Stande des Gehalts vom 1. April 1922 die Formulare A. S. ausgefüllt und anerkannt einzureichen. Als ruhegehaltstfähiges Dienst Einkommen ist dabei anzusehen das Grundgehalt und der volle Ortszuschlag ohne Ausgleichszuschlag. Dasselbe gilt in Abänderung unserer Bekanntmachung vom 12. November 1921 — Kirchl. Ges. u. V.-Bl. S. 224 — für die Beamten, denen eine Dienstwohnung gewährt wird, denn die Dienstwohnung ist bei den nach staatlichen Sätzen besoldeten Beamten nicht als freie im Sinne des Art. II § 3 Abs. 2 des Kirchengesetzes vom 10. Mai 1913 — Kirchl. Ges. u. V.-Bl. S. 103 — anzusehen, da sie auf den Ortszuschlag in angemessener Weise in Anrechnung zu bringen ist.

In den Kirchengemeinden, deren Beamtenstellen an den Fonds für die nichtgeistlichen Kirchenbeamten angeschlossen sind und deren Beamte nicht nach staatlichen Sätzen besoldet werden,

ist vielfach eine Anpassung an die Teuerungsverhältnisse durch stete Erhöhung der Teuerungszulagen vorgenommen. Wir halten es für dringend erwünscht, im Interesse der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung der betreffenden Beamten, daß auch die ruhegehaltsfähigen Grundgehälter eine wesentliche Erhöhung erfahren und geben demgemäß den kirchlichen Organen Beschlußfassung anheim. Die Beschlüsse bedürfen unserer Genehmigung. Dort, wo das ruhegehaltsfähige Dienst Einkommen zum Teil aus Naturalbezügen, Nutznießung von Ländereien und dem Betrage nach schwankenden Geldbezügen (Stolgebühren usw.) besteht, bedarf das Dienst Einkommen vielfach wegen des erhöhten Wertes dieser Bezüge einer Neu Festsetzung. Wir ersuchen, uns zu diesem Zweck den Betrag dieser Bezüge nach dem Durchschnitt der letzten 6 und nach dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre vom 1. April 1922 ab zurückgerechnet in sinngemäßer Beachtung des § 3 Ziff. 1 a—c der Ausführungsanweisung vom 28. August 1913 — Kirchl. Gef.- u. B.-Bl. S. 183 — anzugeben.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. VI. 966.

D. Dr. Müller.

Nr. 70. Erhöhung der Stellenzulagen für die Inhaber vereinigter Schul- und Kirchenämter.

Der Preussische Minister für
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
U III E 106 U III D, G I, G II.

Berlin W 8, den 12. Mai 1922.

Die Höhe der Stellenzulage für die Inhaber vereinigter Schul- und Kirchenämter (§ 16 des VDBG.) hat sich nach dem Umfange der mit dem Kirchenamt verbundenen Mühewaltung zu richten. Bei der Festsetzung des Betrages muß auch die Entwertung des Geldes mitberücksichtigt werden. Es wird daher in vielen Fällen die bisher festgesetzte Stellenzulage erhöht werden müssen. Die Inhaber vereinigter Schul- und Kirchenämter erhalten ihr gesamtes bares Dienst Einkommen mit Einschluß der Stellenzulage aus der Landesschulkasse gezahlt. Die Stellenzulage hat der Schulverband — nicht etwa die Kirchengemeinde — der Landesschulkasse zu erstatten (§ 46 Ziff. 2 des VDBG.). Die Entschädigung für die kirchliche Mühewaltung hat grundsätzlich der Schulverband aufzubringen; der Kirchengemeinde liegt nicht die Verpflichtung ob, dem Stellenzulageinhaber eine Erhöhung der Stellenzulage zu gewähren. Nach § 16 Abs. 1, letztem Satz, des VDBG. (§ 6 des alten Lehrerbefolgungsgesetzes) ist die Stellenzulage durch die Schulaufsichtsbehörde nach Benehmen mit der kirchlichen Aufsichtsbehörde ihrer Höhe nach festzusetzen. Sie darf aber die Gesamtsumme der Einkünfte aus dem zur Dotation des vereinigten Amtes bestimmten Schul-, Kirchen- und Stiftungsvermögen, einschließlich der Zuschüsse aus der Landesschulkasse und von Kirchengemeinden, sowie der sonstigen Einnahmen aus dem Kirchendienst zuzüglich des Nutzungswertes des den kirchlichen Interessenten gehörigen Anteils an dem Schul- und Küsterhaus oder Küstergehöft nicht übersteigen.

Nach Nr. 39, Abs. 2 der Ausführungsanweisung Teil I zum B.D.G. sollten die Arbeiten, die eine allgemeine Erhöhung der Stellenzulage verursachen würden, zunächst noch hinausgeschoben werden. Nachdem aber inzwischen das neue Volksschullehrer-Diensteinkommensgesetz in der Hauptsache durchgeführt ist, muß nun auch auf eine den Geldverhältnissen entsprechende allgemeine Erhöhung der Stellenzulage hingewirkt werden. Soweit die obengedachte Gesamtsumme nicht ausreicht, dem Stelleninhaber eine angemessene Stellenzulage für seine kirchliche Mühewaltung zu gewähren, wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Kirchengemeinde mit ihren Mitteln durch Gewährung eines Zuschusses helfend eintritt, was schon bisher für einzelne Fälle nach der Ausführungsanweisung angeregt war. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, eine entsprechende Erhöhung der Stellenzulage festzusetzen.

Die Regierungen ersuche ich, da, wo es erforderlich ist, auf die Kirchengemeinden durch Vermittelung der kirchlichen Aufsichtsbehörde einzuwirken, daß sie die Zuschüsse aus der Kirchenkasse erhöhen, und darauf die Stellenzulagen nach der Vorschrift im § 6 des alten Lehrerbefoldungsgesetzes neu festzusetzen.

Die Konsistorien erhalten Abschrift dieses Erlasses.

Im Auftrage:
gez. **K l o g s c h.**

An die Regierungen usw.

Kiel, den 31. Mai 1922.

Vorstehenden Erlaß bringen wir den Kirchenvorständen zur Kenntnis. Die Neu Festsetzung der Stellenzulage erfolgt durch die Regierung. Sie ist bei uns zu beantragen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. VI. 1260.

D. Dr. Müller.

Nr. 71. Geltungsdauer der Pachtbuchordnung.

Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer der Pachtbuchordnung vom 9. Juni 1920 (R.-G.-Bl. S. 1193). Vom 26. Mai 1922.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel I.

Die Geltungsdauer der Pachtbuchordnung vom 9. Juni 1920 (R.-G.-Bl. S. 1193) wird bis zum 30. Juni 1922 verlängert.

Bis zu diesem Zeitpunkt bleiben die auf Grund dieser Verordnung erlassenen landesrechtlichen Vorschriften in Kraft, soweit die Länder nicht ein anderes bestimmen.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt am 31. Mai 1922 in Kraft.

Berlin, den 26. Mai 1922.

Der Reichspräsident:
gez. Ebert.

Der Reichsarbeitsminister:
gez. Dr. Brauns.

Wird veröffentlicht.

Kiel, den 7. Juni 1922.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. VI. 1405.

D. Dr. Müller.

Nr. 72. Beihilfe aus dem Erlös für die seinerzeit abgelieferten Kirchenglocken.

Kiel, den 2. Juni 1922.

Nachdem uns nunmehr weitere Mitteilung über den Anteil der evangelisch-lutherischen Kirche Schleswig-Holsteins an dem Erlös des Reiches aus den seinerzeit zu Heereszwecken abgelieferten Kirchenglocken zugegangen ist, sind wir in der Lage, den beteiligten Kirchengemeinden mit Bezug auf unsere Verfügung vom 28. November 1921 — Kirchl. Ges. u. V.-Bl. S. 235 — über die Gewährung von Beihilfen zur Ersatzbeschaffung von Glocken folgendes bekanntzugeben:

1. Die uns noch zu überweisende Summe von 262 521 M ist ausschließlich zur Gewährung von Unterstützungen an leistungsunfähige Kirchengemeinden zur Beschaffung von Ersatzglocken für im Kriege abgeliefertes Geläut bestimmt.

2. Diejenigen Kirchengemeinden, die bei der Ablieferung seinerzeit noch im Besitze eines hinreichenden Geläutes geblieben sind, oder in der Zwischenzeit Ersatz bereits beschafft oder in Auftrag gegeben haben, müssen bei der Verteilung des Fonds ausscheiden.

3. Ebenso müssen diejenigen Kirchengemeinden ausscheiden, welche leistungsfähig genug erscheinen, aus eigenen Mitteln oder durch aussichtsvolle Inanspruchnahme der Spenden von Privatpersonen usw. die erforderlichen Kosten eines ausreichenden Geläutes selbst aufzubringen.

4. Wohlhabendere Gemeinden müssen im Interesse der ärmeren zurücktreten.

5. In erster Linie sind zu berücksichtigen die leistungsunfähigen Kirchengemeinden, die infolge der Ablieferung keine Glocke oder nur ein völlig unzureichendes Geläut besitzen.

6. Sodann folgen Kirchengemeinden mit nur einer brauchbaren Glocke, die einen passenden Ersatz für die abgelieferte zweite Glocke erstreben.

7. Endlich können aus dem alsdann noch verbleibenden Restbetrage auch diejenigen Kirchengemeinden Unterstützungen erhalten, die zur Beschaffung der abgelieferten dritten Glocke leistungsunfähig sind.

8. Zu den leistungsunfähigen Kirchengemeinden können auch solche gehören, die zwar Anspruch auf einen Beitrag des Kirchenpatrons zur Neubeschaffung der Glocke erheben können, die aber durch die Beschaffung des von der übrigen Gemeinde zu tragenden Fehlbetrages bereits überlastet sind.

Um über die Verteilung der Verfügungssumme in gerechter Weise verfügen zu können, ersuchen wir die in Betracht kommenden Kirchenvorstände, die da glauben, Anspruch auf diesen Fonds erheben zu können, bis zum 30. Juni d. Js. an den Synodalausschuß folgende Angaben in tabellarischer Form einzureichen:

Sfd. Nr.	Kirchengemeinde	Zahl der seinerzeit abgelieferten Glocken	Ge- wicht kg	Die zu gewährende Beihilfe wird erbeten zur Beschaffung der			Die Kirchengemeinde erhebt zur Be- schaffung des Fehlbetrages der Kirchen- kasse an Kirchensteuern als Zuschlag zur			
				1.	2.	3.	Reichs- ein- kommen- steuer ‰	Grund- steuer ‰	Gebäude- steuer ‰	Gewerbe- steuer ‰
				Glocke						

Die Synodalausschüsse ersuchen wir, uns auf Grund der eingehenden Berichte eine Zusammenstellung in gleicher Form bis zum 10. Juli d. Js. einzureichen und sich dabei über die Begründetheit der Anträge zu äußern und, falls diese nicht zu bezweifeln ist, einen Vorschlag über die Höhe der Beihilfe beizufügen.

Wir gedenken, die zu gewährenden Unterstützungen etwa nach dem Gewichtsverhältnis der abgelieferten Glocken zu verteilen und die entsprechenden Anteile den einzelnen Gemeinden zu überweisen. Sofern die Beträge nicht sofort Verwendung finden können, sind sie den bestehenden Glockenfonds zuzuführen und bis zur späteren Verwendung zinsbar anzulegen.

Evang. luth. Konsistorium.

Nr. V. 490/22.

D. Dr. Müller.

Nr. 73. Kirchensammlung zur Wiederherstellung der Idstedter Gedächtniskirche.

Riel, den 1. Juni 1922.

Unter Zustimmung des Gesamt-Synodalausschusses und mit Genehmigung des Landeskirchenausschusses ordnen wir hiermit an, daß am 6. Sonntag nach Trinitatis, d. i. am 23. Juli d. Js., in den Kirchen unseres Aufsichtsbezirks eine allgemein verbindliche Kirchensammlung

zum Besten der Wiederherstellungsarbeiten an der Idstedter Gedächtniskirche erhoben wird.

Die Idstedter Gedächtniskirche, das hochragende Wahrzeichen einer schweren und doch großen Zeit, ist in Gefahr, zusammenzubrechen. Das darf nicht geschehen. Es ist Ehrensache für jeden Schleswig-Holsteiner, dieses als Sinnbild schleswig-holsteinischer Einigkeit und Stärke geschaffene Wahrzeichen den Nachkommen zu erhalten.

Die von staatlicher Seite und aus Mitteln der Provinz, des Schleswig-Holsteiner-Bundes, sowie aus landeskirchlichen Mitteln und von anderen Stellen zu erwartenden Beihilfen werden bei den schwierigen Zeitverhältnissen aber nicht ausreichen, um die für eine durchgreifende Wiederherstellung der Kirche erforderlichen sehr hohen Kosten zu decken. Wir ersuchen die Herren Geistlichen deshalb, die Sammlung aufs wärmste zu empfehlen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. V. 465/22.

D. Dr. Müller.

Nr. 74. Auslosung von Rentenbriefen.

Stettin, den 16. Mai 1922.

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen der Provinz Schleswig-Holstein sind zum 1. Oktober 1922 nachstehende Nummern gezogen worden:

I. $5\frac{1}{2}\%$ ige Rentenbriefe Buchst. F bis K.

Buchst. F zu 3000 *M* Nr. 65 186 189 280 293 299 300 397 460 665
717 784 861 959 972 1011 1039 1063 1126 1130 1132 1168 1177 1182 1222
1255 1288 1301 1324 1376 1389 1446 1526 1534 1567 1590 1601 1662 1695
1834 1910 1987 2083 2182 2186 2192 2207 2260 2308 2349 2411 2435 2444
2519 2568 2605 2629 2632 2657 2717 2726 2760 2921 2923 2939.

Buchst. G zu 1500 *M* Nr. 2 18 22 28 53 129 260 350 355 419 478
480 533.

Buchst. H zu 300 *M* Nr. 55 282 372 382 462 483 488 544 553 572
582 601 647 700 731 751 843 871 971 983 1033 1040 1374 1402 1409 1419
1424 1520 1618 1652 1657 1690 1731 1778 1849 1858 1861 1866.

Buchst. J zu 75 *M* Nr. 209 220 252 305 311 425 427 493 501 611 626
684 692 694 703 732 778 820 862 1066 1079 1099 1205 1318 1440 1511.

Buchst. K zu 30 *M* Nr. 89 90 94 101 111 113 115 116 123 126 139
141 143 144 162 192 195 217 224 239 240 251 252 255 265 267 277 279
283 294 298 303 304 312 314 315 331 342 353 356 368 379 386 389 395
404 406 410 420 421 424 428 435 439 449 453 457 460 462 465 487 502
505 507 512 531 538 548 561 571 573 578 579 596 597 604 614 623 630

633	639	641	642	655	658	662	663	671	677	685	691	692	693	694	698	701
706	712	714	715	717	723	725	732	737	748	758	771	777	780	782	784	787
791	793	797	803	805	808	812	814	815	820	825	833	841	849	875	884	894
928	936	938	949	952	958	977	982	985	990	991	999					

II. 4%ige Rentenbriefe Buchst. A bis D.

Buchst. A zu 3000 M (1000 Taler) Nr. 11																
467	505	549	565	597	601	606	632	691	800	836	881	918	928	942	956	991
1170	1204	1278	1461	1472	1477	1510	1546	1560	1573	1581	1594	1614	1620			
1683	1684	1698	1712	1786	2131	2150	2370	2374	2376	2393	2405	2411	2416			
2433	2434	2471	2518	2523	2578	2609	2721	2743	2764	2810	2838	2858	2925			
2939	2980	3003	3014	3051	3085	3118	3130	3220	3232	3337	3407	3502	3504			
3512	3513	3523	3537	3554	3617	3778	3836	3840	3920	3969	3991	3999	4039			
4054	4075	4082	4097	4201	4332	4335	4400	4401	4402	4414	4451	4491	4529			
4575	4583	4603	4656	4666	4829	4852	4907	4973	5028	5100	5146	5206	5309			
5315	5318	5325	5362	5364	5394	5450	5495	5511	5607	5652	5675	5695	5739			
5812	5832	5904	5909	6064	6171	6217	6233	6257	6268	6281	6308	6317	6350			
6471	6535	6706	6824	6884	6904	6934	6942	6958	6980	7025	7028	7066	7101			
7215	7221	7253	7259	7285	7406	7407	7409	7424	7454	7547	7569	7679	7689			
7695	7696	7701	7755	7769	7794	7903	7918	8103	8123	8191	8331	8367	8407			
8481	8512	8584	8705	8715	8718	8729	8730	8743	8745	8746	8750	8757	8773			
8781	8788	8820	8826	8932	8939	9025	9026	9044	9148	9210	9218	9221	9244			
9286	9437	9447	9539	9545	9630	9659	9706	9828	9864	9876	9925	9999	10007			
10067	10078	10080	10098	10131	10140	10215	10261	10263	10276	10370	10486					
10609	10613	10622	10629	10656	10699	10780	10802	10844	10935	10947	10978					
10995	11085	11096	11108	11205	11245	11276	11344	11408	11425	11429	11449					
11496	11529	11566	11590	11650	11662	11688	11748	11788	11789	11804	11848					
11862	11881	11985	12095	12121	12205	12233	12396	12411	12430	12568	12572					
12608	12670	12741	12768	12792	12816	12847	12882	12930	13023	13115	13153					
13162	13235	13245	13258	13358	13430	13464	13506	13521	13560	13561	13599					
13626	13650	13665	13667	13680	13713	13724	13878	13883	13896	13898	13911					
13922	13960	13979	13986	14046												

Buchst. B zu 1500 M (500 Taler) Nr. 12																
247	301	307	331	437	467	474	477	480	488	584	597	696	731	806	865	896
905	998	1001	1081	1102												

Buchst. C zu 300 M (100 Taler) Nr. 36																
296	319	327	517	679	726	770	804	831	853	927	935	945	952	957	986	

1047	1095	1117	1123	1139	1229	1247	1361	1571	1582	1604	1675	1705	1737
1749	1785	1888	2006	2023	2093	2103	2343	2349	2374	2416	2444	2486	2643
2648	2744	2776	2779	2933	2949	2992	3024	3112	3117	3130	3140	3201	3261
3266	3275	3370	3481	3632	3651	3668	3678	3782	3794	3808	3923	4108	4121
4175	4271	4383	4489	4503	4508	4511	4529	4553	4572	4593	4636	4647	4689
4712	4767	4770	4797	4844	4947	5037	5084	5109	5175	5268	5309	5350	5355
5384	5406	5424	5441	5456	5472	5476	5602	5700	5719	5755	5827	5828	5874
5905	5922	5926	5943	5961	6027	6028	6032	6087	6089	6102	6119	6139	6148
6157	6159	6198	6204	6211	6213	6221	6241	6297.					

Buchst. D zu 75 M (25 Taler) Nr. 5 29 91 113 165 346 443 560 612													
753	768	777	784	785	790	871	908	1014	1026	1125	1235	1300	1315
1411	1434	1465	1476	1618	1679	1694	1706	1749	1785	1912	1970	1994	2039
2117	2194	2305	2390	2518	2570	2572	2628	2642	2700	2789	2798	2860	2867
2883	2886	2933	2987	2989	2992	3048	3077	3111	3145	3208	3371	3376	3411
3461	3482	3495	3517	3560	3621	3716	3738	3831	3832	3838	3867	3910	3943
3986	4088	4102	4105	4149	4217	4412	4623	4718	4751	4797	4802	4847	4848
4899	5069	5086	5187	5249	5258	5262	5317	5389	5394	5396	5452	5490	5496
5532	5563	5583	5614	5621	5731	5807	5818	6037	6124	6183	6186	6196	6237
6249	6267	6308	6405	6422	6447	6494	6622	6640	6702	6709	6771	6790	6884
6895	6904	6945	7011	7023	7025	7105	7158	7159	7162	7168	7204	7261	7294
7310	7314	7345	7361	7371	7394	7402	7447	7463	7466	7485	7515	7536	7542
7611	7629	7640	7705	7744	7758	7778	7780.						

III. 4%ige Rentenbriefe Buchst. AA bis EE.

Buchst. AA zu 3000 M Nr. 259 347 351 541 604 652 698 767 794 836													
1005	1102	1171	1292	1301.									

Buchst. BB zu 1500 M Nr. 24 117 288.

Buchst. CC zu 300 M Nr. 180 262 304 308 476 521 531 569 627 647.

Buchst. DD zu 75 M Nr. 194 202 280 338 427 466 470 476 488 527.

Buchst. EE zu 30 M Nr. 5 12 15 21 22 25 26 30 35 37 39 41 44													
49	53	56	58	60	68	80	84	89	91	108	110	111	127
127	130	137	139	145	146	147	156	164	166	175	176	179	180
180	184	188	190	194	195	213	216	219	228	231	240	245	248
249	251	254	256	257	266	269	270	272	273	275	276	277.	

Rückständig sind:

5½ v. H. Rentenbriefe.

Seit 1. 4. 17 F 1239.

„ 1. 10. 18 H 980.

Seit 1. 10. 19 F 2765.

„ 1. 4. 20 F 478 1759 2764 2783 G 66 188 507 H 1366 1369 1418
1642 1647 1673 J 330 379 1191 1244 1245 1423 1479.

Seit 1. 10. 20 F 916 1116 1117 1624 2077 2528 2554 2555 2829 H 881
982 1070 1234 1286 1628 1633 1777 1814 J 288 334 1354 1480 K 640 1000.

Seit 1. 4. 21 F 243 869 877 1142 2828 G 342 H 251 720 821 925
1133 1641 1805 J 786 876 1097 1238 1411 K 269 591 889 911.

Seit 1. 10. 21 F 1002 1427 2549 2589 G 186 H 457 767 918 939 979
1288 1734 1735 1751 J 409 1151 1414 1478 1496.

Seit 1. 4. 22 F 589 805 1487 1889 2619 2679 2845 2882 G 179 H 437
508 644 851 1055 1557 1595 J 300 1513 1571 K 138 149 232 317 339 340
347 348 352 366 380 382 383 393 400 440 441 466 469 475 476 491 492
518 549 566 574 616 707 756 817 819 823 834 835 839 840 858 862 865
872 877 878 882 883 885 887 888 892 898 924 993 996 998.

4 v. H. Rentenbriefe.

Seit 1. 10. 12 D 5770.

„ 1. 4. 14 D 2623.

„ 1. 10. 14 A 13833 D 1990.

„ 1. 4. 15 C 5101 D 2115 7069 E 5569 5570 5595 5596 5597 5598.

„ 1. 10. 15 B 376 C 5560 D 3249 4617 E 5600 5611.

„ 1. 4. 16 A 6214 6218 C 2386 5817 D 1271 2410 2728 6391 6725.

„ 1. 10. 16 A 11318 C 1739 5473 5621 D 1676 1991 7039.

„ 1. 4. 17 A 910 10645 C 485 1564 5151 D 1024 3233 5352 7728
E 5626.

Seit 1. 10. 17 A 4838 10763 13877 C 115 360 700 5274 5411 5680
D 1992 2574 3239 7042 7267.

Seit 1. 4. 18 C 3179 4094 4173 6292 D 2598 5357 E 5636 5637 5638
5639 5649.

Seit 1. 10. 18 B 243 255 641 1029 C 2171 3873 4303 5469 6205
D 134 5186 5218 5898 7406 7575 E 5650 5651.

Seit 1. 4. 19 B 1052 C 480 1317 1763 2011 2119 3525 5596 5775
D 148 1418 4520 5364 5783 6837.

Seit 1. 10. 19 B 951 1100 C 16 694 1087 1242 1243 3023 3652 6324
D 2204 2683 4253 4336 4500 4696 5826 6874 7451 7729.

Seit 1. 4. 20 A 4040 9859 11028 13394 13821 14032 14049 B 364 448
794 861 C 178 811 1177 1978 2223 5132 5285 6242 D 103 117 2326 2641
4288 6587 6669 6726 7067 7657 7659.

Seit 1. 10. 20 A 3444 7439 11954 12515 13250 13393 13829 B 850 1056
 C 23 2231 3316 3335 3348 4314 4342 4747 4995 5555 5897 5899 5901 6147
 6269 D 1047 1686 4019 4830 5320 5339 5962 6368 6549 6631 6875 7642
 7693 7714.

Seit 1. 4. 21 A 2312 2554 6895 12527 13360 13508 14000 B 587 921
 980 C 77 2989 3631 3998 5789 6178 D 50 205 936 1340 2626 3869 4361
 4821 5900 6035 6245 6353 7080 7453 7532 E 5657 5658 5659 5660.

Seit 1. 10. 21 A 763 2314 3187 3317 4208 5076 6213 6441 6503 7109 9111
 9151 10190 10382 11184 12410 12512 13569 13840 B 840 932 C 743 1136
 1214 1394 2502 2557 3279 4731 5727 5842 6095 6249 6251 D 145 1657
 1729 1949 2930 3881 5058 5222 6270 6369 6670 1727 6799 7252 7491 7540
 7602 7672 7687 7713 7751.

Seit 1. 4. 22 A 76 1000 1856 1908 2173 2586 3226 3284 3286 3395
 4147 5697 6816 7352 7481 8114 8143 8914 9019 9458 10649 10788 10862
 11041 11335 11825 12493 12588 13363 13482 13527 13547 13632 13803 14004
 B 77 252 719 863 1059 1071 C 202 323 648 1063 1405 1613 1756 1865
 1903 1934 1942 2081 2299 2837 3263 3283 3881 4052 4056 4130 4247 4461
 4516 4643 4996 5328 5474 5662 5746 5900 5902 5924 6222 6286 6289 6301
 6339 D 278 658 686 837 896 1570 1751 1756 1787 2035 2234 3076 3355
 4388 5229 5472 6290 6449 6603 6624 6873 6883 6931 7120 7176 7229 7262
 7522 7529 7591 7655 7675 7684 7710 7782.

Seit 1. 4. 18 AA 456.

„ 1. 4. 20 AA 605 618 635 802 BB 192 CC 231 537 DD 175 EE 19.

„ 1. 10. 20 AA 397 483 565 1043 CC 91 DD 176.

„ 1. 4. 21 AA 533 619 CC 275 291.

„ 1. 10. 21 AA 35 228 408 611 631 672 782 1124 1129. BB 30 159
 220 CC 181 217 368 575 DD 65 102.

Seit 1. 4. 22 AA 75 704 784 BB 97 210 CC 94 120. EE 45 102 230.

Die ausgelosten Rentenbriefe werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt,
 den Kapitalbetrag gegen Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazugehörigen Zinsscheinen

zu I Reihe IV Nr. 15/16,

„ II „ VII „ 2/16,

„ III „ II „ 12/16

und Erneuerungsscheinen vom 1. Oktober 1922 ab bei unserer Kasse hiersebst, Augustaplatz 5, bei
 der Rentenbankkasse in Berlin, Klosterstraße 76 I, oder bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung)
 in Berlin W 56, Marktgrafenstraße 38, in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Oktober 1922 ab hört die Verzinsung dieser Rentenbriefe auf.

Der seit 1. Oktober 1912 rückständige Rentenbrief Buchst. D Nr. 5570 verfährt am 31. Dezember d. Js.

Direktion der Rentenbank.

Kiel, den 22. Mai 1922.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. VI. 1233.

In Vertretung: Peterßen.

Personalien.

Präsentiert: Für die Pfarrstelle in Pahlen:

1. Hilfsgeistlicher Pastor Hemsen=Süderbrarup,
 2. Pfarramtskandidat H. Stäcker=Garding,
 3. Provinzialvikar Pastor Ratt=Laboe;
- als Ersatzmänner:

1. Provinzialvikar Pastor Postel=Kiel,
2. Hilfsgeistlicher Pastor Hesse=Kendsburg.

Eingeführt: 1. am 21. Mai 1922 der bisherige Provinzialvikar Bruno Heß als Pastor in Bovenau;

2. am 30. April 1922 der Kompastor Kröger, bisher in Meldorf, als Pastor in Kiel-Ellerbek.

Befähigt: 1. am 18. Mai 1922 Pastor Juhl, bisher in Hennstedt, zum Pastor in Horst;

2. am 19. Mai 1922 Pastor Otte, bisher in Tellingstedt, zum Pastor in Lohstedt.

Ordiniert: 1. am 28. Mai 1922 als Provinzialvikar der Pfarramtskandidat Adolf Buxtorff;

2. am 28. Mai 1922 als Hilfsgeistlicher von Droschlag der Pfarramtskandidat Walter Blunk;

3. am 28. Mai 1922 als Inspektor des Predigerseminars in Breez der Pfarramtskandidat Karl Bitterling.

Die erste theologische Prüfung haben bestanden die Kandidaten:

- | | |
|---------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Both, Theodor, Ulveshüll; | 9. Lensch, Friedr., Neu-Galmsbüll; |
| 2. Böttger, Heinr., Travental; | 10. Petersen, Heinr., Kropp; |
| 3. Behrens, Walter, Badensiedt; | 11. Roager, Max, Fauderup; |
| 4. Bender, Hugo, Borby; | 12. Szymanowski, Ernst, Fischenbach; |
| 5. Brackert, Hartwig, Gude; | 13. Schlüter, Klaus, Ruden; |
| 6. Dahlgrün, Erich, Salzwedel; | 14. Steffen, Richard, Lügumkloster; |
| 7. Hahnkamp, Herm., Gr.-Harrie; | 15. Thiesen, Joh., Apenrade; |
| 8. Halßmann, Wilh., Wittenberg; | 16. Witt, Heinr., Kiel. |

Die zweite theologische Prüfung haben bestanden die Kandidaten:

- | | |
|---------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. Blunk, Walter, Ohlsdorf; | 7. Jürgensen, Peter, Behrensborffeld; |
| 2. Beck, Walter, Münchenbernsdorf; | 8. Lüken, Markus, Tinningstedt; |
| 3. Bitterling, Karl, Gr.-Kalmari. S.; | 9. Stäcker, Heinr., Dschebüttel; |
| 4. Buxtorff, Adolf, Breitenberg; | 10. Tamm, Heinr., Großenbrode; |
| 5. Bronnmann, Joh., Eggebek; | 11. Wehrmann, Arnold, Schelrade. |
| 6. Haase, Waldemar, Dietrichsdorf; | |

Erledigte Pfarrstelle.

Erste, Propstei Schleswig. Diensteinkommen nach den Grundsätzen vom 27. Dezember 1921 bzw. 22. April 1922. Ortsklasse D. Konsistorium präsentiert, Kirchengemeinde wählt. An das Konsistorium zu richtende Bewerbungsgesuche sind bis zum 3. Juli 1922 an den Propstei-Synodalausschuß in Schleswig einzureichen.

Berichtigung.

1. Im letzten Absatz unserer Bekanntmachung vom 9. Mai 1922 betr. Abzugsfähigkeit der Kirchensteuern — Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 75 — muß es statt: „den gleichen Charakter“ heißen: „dinglichen Charakter“.

2. Die Bekanntmachung betr. die theologischen Prüfungen (Nr. 24 in Stück 5 des Kirchl. Ges.- u. B.-Bl.) enthält in § 3 S. 30 infolge eines Redaktionsversehens einen Fehler. Es muß heißen: „und beginnt das eine Mal am zweiten Dienstag nach dem Osterfest, das andere Mal am Dienstag nach Michaelis“.

Der Fehler ist entsprechend zu berichtigen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

D. Dr. Müller.

